

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel
Sitzungsnummer	2/2020
Datum	Dienstag, den 03.03.2020
Sitzungsdauer	20:00 Uhr bis 21:18 Uhr
Ort	Bürgerhaus Bruchköbel, Jahnstr. 3, 63486 Bruchköbel

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)

Anwesende:

Stadtverordneter Baier, Patrick (BBB)
Stadtverordneter Beilner, Dietmar (BBB)
Stadtverordneter Blum, Oliver (GRÜNE)
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)
Stadtverordneter Breitenbach, Frank (CDU)
Stadtverordneter Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordneter Clauß, Christian (BBB)
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Stadtverordnete Grosse, Andrea (CDU)
Stadtverordneter Haas, Klaus (CDU)
Stadtverordneter Hirt, Oliver (CDU)
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)
Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)
Stadtverordneter Ließmann, Peter (SPD)
Stadtverordnete Neunemann-Güth, Nicole (FDP)
Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)
Stadtverordnete Weigl-Franz, Viola (CDU)
Stadtverordneter Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Stadtverordneter Zeitler, Nicholas (CDU)
Stadtverordneter Zugenbühler, Christoph (CDU)

entschuldigt:

Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Schriftführer:

Schriftführer Dr. Wächtler, Achim

Tagesordnung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2020
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3. Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4. Antrag BBB-Fraktion: (DS-47/2020)
Umbenennung der Ordnungspolizei in Stadtpolizei
5. Antrag FDP-Fraktion: (DS-48/2020)
Parlamentsfernsehen
6. Bebauungsplan „Erweiterung Neuer Friedhof“ (DS-10/2020)
Vorentwurfs- und Offenlagebeschluss
7. Fahrradparkplätze Innenstadt (DS-40/2020)

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt er zusammen mit dem ganzen Haus der am 19.02.2020 beim Anschlag in Hanau ermordeten Opfer mit einer Gedenkminute.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2020
----	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 28.01.2020 haben sich keine Einwendungen ergeben, die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

2.	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
----	---

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf die anstehende Sportlerehrung am kommenden Freitag hin. Weiter weist er auf die Baumpflanzaktion am kommenden Samstag hin und bittet in beiden Fällen um rege Teilnahme.

3.	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
----	--

Der Bürgermeister berichtet zunächst von der Prolongation eines Darlehens aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen aus dem Jahr 2010 (DS-22/2020). Der Zinssatz sinkt für die Kreditsumme von € 1.037.702,31 ab dem 18.02.2020 von 3,62% auf 0,551%. Der Zinssatz gilt bis zum Laufzeitende (29.03.2040). Die Tilgungsraten und Zahlungstermine bleiben unverändert.

Weiter hat der Magistrat einen Kapitalmarktkredit in Höhe von 9.094.189,00 € im Haushaltsjahr 2020 bei der Kadege Finanzierungsvermittlung aufgenommen. Die Kreditaufnahme ist zur Finanzierung von Vorhaben des Teilfinanzhaushaltes 2018 notwendig. Bei der Kadege Finanzierungsvermittlung wurde ein Zinssatz von 0,564% zuzüglich 0,01% Courtage vermittelt. Der Kredit wurde aufgrund der Vermittlung bei der DKB-Bank aufgenommen.

Der Bürgermeister trägt den Liquiditätsbericht für das Haushaltsjahr 2020 vor. Gemäß 2.4 Buchstabe b des Finanzplanungserlasses 2020 vom Hessischen Ministerium für Finanzen erfolgt die Mitteilung über den Liquiditätsnachweis. Der Nachweis wird der Niederschrift beigelegt. Im stellen sich die Zahlen wie folgt dar:

- Stand der Liquiditätskredite zum 31.12. des Vorjahres 0,00 Euro
- Gebundene Liquidität in Höhe von 805.998,00 Euro
- ungebundene Liquidität in Höhe von 216.172,27 Euro.

Weiter berichtet der Bürgermeister, dass die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 25.02.2020 den Haushalt 2020 mit seinen Anlagen und Wirtschaftsplänen genehmigt hat. Es werden im Weiteren die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 17 Millionen Euro, die Investitionskredite in Höhe von rund 5,1 Millionen Euro und der Höchstbetrag an Liquiditätskrediten von 5 Millionen Euro genehmigt. Das Schreiben der Kommunalaufsicht wird vollumfänglich zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister berichtet, dass es aufgrund der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 erforderlich ist, die Phosphoreinträge in Oberflächengewässer der EU nachhaltig zu senken, um den angestrebten guten ökologischen Zustand zu erreichen. Vom Maßnahmenprogramm des Landes Hessen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist auch die Kläranlage Hanau betroffen, in dem u.a. die Abwässer der Stadtteile Bruchköbel, Roßdorf, Nieder- und Oberissigheim gereinigt werden. Die Vorgaben sind nur mit größeren Umbaumaßnahmen zu erreichen; Die Maßnahmen müssen bis zum 01.01.2023 umgesetzt sein. Die Stadt Hanau kalkuliert Gesamtkosten der Umbaumaßnahmen von rund 35 Mio. €. Auf Basis des bestehenden Vertragsverhältnisses hat die Stadt Bruchköbel rund 12,5 % der Kosten (ca. 4,4 Mio. €) zu tragen. Für diese Investitionskosten sollen beim Land Hessen Fördermittel beantragt werden. Entsprechende Gespräche und Abstimmungen hierzu erfolgen aktuell. Über die Förderhöhe liegen derzeit keine verlässlichen Angaben vor. Die entsprechenden Haushaltsmittel sollen in die Haushaltsplanung des Jahres 2021 und die Folgejahre aufgenommen werden. Diesbezüglich werden mit der Stadt Hanau im 1. Halbjahr 2020 weitere Abstimmungen erfolgen.

Weiter berichtet der Bürgermeister vom Granulataustausch beim Kunstrasenplatz in Bruchköbel. Nach umfassenden Recherchen wurde beschlossen, dass dort erneut Kunststoffgranulat zum Einsatz kommen sollte. Ein Ausweichen auf Sand als Füllmaterial sei zwar möglich, aber hinsichtlich der Verletzungsgefahr und Beispielbarkeit des Platzes nicht geboten. Es habe sich insgesamt ergeben, dass die befürchtete Regelung zum Verbot von Kunststoffgranulat bislang nicht eingeführt wurde. Das mag mit der Erkenntnis zusammenhängen, dass der Mikroplastikeintrag in die Umwelt um Größenordnungen geringer ausfällt als ursprünglich angenommen. Die Auffassung werde durch den Hessischen Städte- und Gemeindebund bestärkt.

Für die städtische Kindertagesstätte Spatzennest wurde stellvertretende Leitung ab 01.04.2020 unbefristet eingestellt.

Herr Matthias Schmidt wurde mit Wirkung zum 13.02.2020 weiterhin in ein Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit als erster stellvertretender Stadtbrandinspektor der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Bruchköbel berufen. Die Ernennung ist jederzeit widerruflich und befristet bis zum 10.08.2021.

Zum Shuttle-Service von Festplatz in die Innenstadt berichtet der Bürgermeister, dass das derzeit in der Probephase betriebene Shuttle im März und April 2020 freitags von 09:00 Uhr bis 14:00 Uhr fahren. Währenddessen wird eine vollständige Drittfinanzierung durch Sponsoring verfolgt. Falls dies nicht gelingt, soll der Shuttle-Service mit Ende April 2020 eingestellt werden.

Der Bürgermeister berichtet, dass Staatsminister Al-Wazir den Beitritt der Stadt Bruchköbel zur Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen bestätigt hat.

Schließlich berichtet der Bürgermeister, dass das Regierungspräsidium Darmstadt ein Schreiben zum fehlenden Forsteinrichtungswerk gesendet hat. Die Stadtverordnetenversammlung erhält das Schriftstück vollumfänglich.

TOP 4.	DS-47/2020	Antrag BBB-Fraktion: Umbenennung der Ordnungspolizei in Stadtpolizei
--------	------------	---

Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Ließmann spricht gegen den Antrag. Einerseits müssten zusätzlich zu den Emblemen einige Ausrüstungsgegenstände ohne Not neu angeschafft werden, weil diese „Ordnungspolizei“ aufweisen und nicht zerstörungsfrei verändert werden können. Andererseits ergebe sich aus § 99 HSOG keine andere Möglichkeit als die Bezeichnung „Ordnungspolizei“. Die Bezeichnung der Bediensteten als „Hilfspolizistin“ oder „Hilfspolizist“ strahle wiederum eine fehlende Professionalität aus. Er geht auf die grundlegende Diskussion des Hessischen Landtags in den Jahren 2005/2006 ein. Weiter erläutert er die seiner Wahrnehmung nach bestehenden Unterschiede zur Organisation in Frankfurt bzw. Darmstadt, die die Bezeichnung „Stadtpolizei“ bzw. „Kommunalpolizei“ gewählt hätten. Der Stadtverordnete Ringel geht aus seiner Sicht auf die Diskussion der Jahre 2005/2006 ein.

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) und 19 Nein-Stimmen (CDU, SPD) abgelehnt

TOP 5.	DS-48/2020	Antrag FDP-Fraktion: Parlamentsfernsehen
--------	------------	---

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Sliwka fasst den Diskussionsweg bis heute aus seiner Wahrnehmung heraus zusammen und steht der Sache grundsätzlich offen gegenüber. Gleichzeitig bittet er um Klärung einiger Fragen, nämlich nach dem Persönlichkeitsrecht der Hobby-Politiker, den Urheberrechten an Bild und Ton bzw. dem gesamten entstehenden Material, den Nutzerzahlen in anderen Kommunen und schließlich nach den zu erwartenden Kosten. Über Youtube beispielsweise sollen hier durchaus EURO 20.000,- pro Jahr anfallen können. Der Stadtverordnete Rabold sieht keine Datenschutzprobleme, die Urheberrechte seien ebenfalls klar. Die Nutzungsrechte für die umfassende Verwertung wären detailliert zu regeln. Für Bruchköbel müsste allenfalls § 12 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung angepasst werden. Er kritisiert die Zeitdauer der inhaltlichen Diskussion, da seine Fraktion dies alles bereits vor Jahren im Wege eines Antrags vorgeschlagen habe. Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass zur Geschäftsordnung ein gesonderter Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu fassen wäre. Der Stadtverordnete Ließmann weist auf weiteren inhaltlichen Diskussionsbedarf in seiner Fraktion hin und ist dem Grunde nach für den Prüfantrag offen. Er geht schließlich davon aus, dass bei einer eventuellen Einführung die Sache über einen etwaigen Beschluss heute hinaus konkret in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen wäre.

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob die Fragen des Stadtverordneten Sliwka als Erweiterung des Prüfantrags zu verstehen seien, was bejaht wird.

Abstimmung zum erweiterten Prüfantrag: bei 33 Ja-Stimmen (CDU, BBB, SPD, GRÜNE ohne die Stadtverordneten Bürgstein und Ringel, FDP) und 2 Enthaltungen (die Stadtverordneten Bürgstein und Ringel) beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie Live-Übertragungen/Aufzeichnungen in Bild und Ton (so genanntes Parlamentsfernsehen) der Stadtverordnetensitzungen und ggf. der Ausschusssitzungen in Bruchköbel angeboten werden können. Insbesondere sollte der finanzielle und der datenschutzrechtliche Aspekt geprüft werden, sowie welche Satzungsänderungen dafür notwendig sind.

Gleichzeitig wird gebeten, die Fragen nach dem Persönlichkeitsrecht der Hobby-Politiker, den Urheberrechten an Bild und Ton bzw. dem gesamten Material und den Nutzerzahlen in anderen Kommunen zu klären.

TOP 6.	DS-10/2020	Bebauungsplan „Erweiterung Neuer Friedhof“ Vorentwurfs- und Offenlagebeschluss
--------	------------	---

Der Bürgermeister spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Rabold meint, dass sich Detailfragen, z.B. zum tatsächlichen Bedarf, den Kosten, der Geeignetheit des Waldstücks und Erhalt der bisherigen Zufahrt zum Gelände Neuer Friedhof, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr klären lassen und stellt einen Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Sliwka spricht gegen die Verweisung.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 13 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE ohne den Stadtverordneten Blum, die Stadtverordneten Pastor und Breitenbach), 18 Nein-Stimmen (CDU ohne den Stadtverordneten Breitenbach, FDP, der Stadtverordnete Blum) und 4 Enthaltungen (die Stadtverordneten Ließmann, Nohl, Schreier, Viehmann) abgelehnt

Sodann fragt der Stadtverordnete Rabold den Bürgermeister 1. zum ermittelten Bedarf / Analyse, 2. zu den Kosten, 3. warum die verkehrliche Erschließung nicht wie bislang erhalten bleiben soll, 4. die Eignung des Standorts hinsichtlich des Alters und des Pflegezustands der Bäume. Der Bürgermeister bekundet, dass die Details zum Bedarf eingehend in der Friedhofskommission beleuchtet worden seien, dort habe es auch umfassende Erläuterungen zur verkehrlichen Erschließungssituation und den zu erwartenden Kosten gegeben. Auch der Zustand der Bäume auf dem Areal sei untersucht und als tauglich eingestuft worden. Der Stadtverordnete Rabold gibt zu bedenken, dass die Friedhofskommission nicht-öffentlich tagt und er als Stadtverordneter diese Details wissen wolle.

Abstimmung: 26 Ja-Stimmen (CDU außer dem Stadtverordneten Breitenbach, SPD, GRÜNE, FDP) und 9 Enthaltungen (BBB, der Stadtverordnete Breitenbach) beschlossen

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel nimmt den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Erweiterung Neuer Friedhof“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Erweiterung Neuer Friedhof“.
3. Der Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 7.	DS-40/2020	Fahrradparkplätze Innenstadt
--------	------------	------------------------------

Der Bürgermeister spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Ringel meint, dass die Vorlage ohne detaillierte Erläuterungen unklar bleibe. Auch könne es seiner Auffassung nach nicht sein, dass nach allen bisher gelaufenen Diskussionen erst im Jahre 2021 ausgeführt werde. Die Haushaltsmittel hätten für das Jahr 2020 eingestellt werden müssen. Die Frage nach den Ladesäulen sei umfassend ungeklärt, ebenso die Frage nach Fördermitteln. Im Übrigen liegt seiner Auffassung nach aus frühe-

ren Beratungen der Stadtverordnetenversammlung ein konkreter Beschluss – bis auf die Ladesäulen – längst vor. Im Jahre 2020 nicht auszuführen sei ein Affront gegen die Stadtverordnetenversammlung. Durch frühere Beratungen seien die Antragsinhalte auch nicht neu, die Verwaltung hätte sie seiner Meinung nach präzisieren und erläutern müssen. Der Stadtverordnete Sliwka spricht im Sinne des Stadtverordneten Ringel und stellt einen Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig beschlossen

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 21:18 Uhr.

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Achim Wächtler
Schriftführer